



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

28. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, im Anschluss an die Tagesordnungspunkte 1 und 2 die Tagesordnungspunkte 14, 12 und 8 (siehe Einladung 17/593) aufzurufen.

Aus Zeitgründen wird im Verlaufe der Sitzung von dem o. g. Vorschlag abgewichen. Aufgerufen werden die Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge 1, 2, 14, 5, 3 und 8. Die übrigen Tagesordnungspunkte werden auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 verschoben.

1 Sockelfinanzierung einführen: Für eine ehrliche, auskömmliche und qualitätsfördernde Finanzierung der frühkindlichen Bildung in NRW

8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/1666

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4837

Ausschussprotokoll 17/302

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/4837 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1666 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

2 Drohenden Ausbaustopp verhindern – Kommunen bei der Schaffung von Kita-Plätzen nicht im Regen stehen lassen **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3810

Stellungnahme 17/993
Stellungnahme 17/1003
Stellungnahme 17/1010
Stellungnahme 17/1015
Stellungnahme 17/1019
Stellungnahme 17/1021
Stellungnahme 17/1025
Stellungnahme 17/1026
Stellungnahme 17/1027

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungs-gesetzes **20**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/4303

– Verfahrensberatung

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 5 aufgerufen.

Der Ausschuss kommt überein, die abschließende Beratung und Abstimmung des Gesetzentwurfs – Drucksache 17/4303 – in der kommenden Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 durchzuführen.

- 4 NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos** 21

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/2555

Ausschussprotokoll 17/387

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 verlagt.

- 5 Gesetz zur Ausführung der Insolvenzverordnung (AG InsO) 22**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3947

Vorlage 17/1578

- abschließende Beratung und Abstimmung

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 4 aufgerufen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/3947 – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

- 6 Die Adipositas-Prävalenz steigt – NRW muss die Schulen stärker unterstützen!**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/2761

Ausschussprotokoll 17/471

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am 14. Februar 2019 verlagt.

7 Neustrukturierung der Schulsozialarbeit in NRW 25

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3013

Ausschussprotokoll 17/449

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 verlegt.*

**8 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten
Kinderbildungsgesetz 26**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Ausschussprotokoll 17/476

– Diskussion

*Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 6
aufgerufen.*

9 Jugendkriminalität weiter effektiv bekämpfen 27

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/4442

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 verlegt.*

**10 Häuslicher Gewalt entschieden entgegentreten – Unterstützung der
Frauenhäuser in NRW stärken 28**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/4463

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 verlegt.*

11 Landesregierung muss einen Zukunftsplan für die Ganztagschule vorlegen 29

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/4456

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 vertagt.*

12 Vereinbarungen mit der Bundesregierung zum „Gute-KITA-Gesetz“ 30

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1334
Vorlage wird erwartet

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 vertagt.*

13 „Ene, mene muh – und raus bist Du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik“ Broschüre der Antonio Amadeuo Stiftung 31

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1579

*Der Tagesordnungspunkt wird auf die Ausschusssitzung am
14. Februar 2019 vertagt.*

14 Aktueller Sachstand zur Novellierung des Kinderbildungsgesetzes (Bericht auf Wunsch des MKFFI) 32

Mündlicher Bericht der Landesregierung
– Diskussion

*Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 3
aufgerufen.*

15 Verschiedenes 55

– keine Diskussion

8 Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3773

Ausschussprotokoll 17/476

– Diskussion

(Der Gesetzentwurf wurde am 10. Oktober 2018 zur Federführung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.)

Der Tagesordnungspunkt wurde als Tagesordnungspunkt 6 aufgerufen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) macht geltend, Vertreter der Kommunen hätten vorgebracht, einige Passagen des Gesetzentwurfs ließen sich nicht genau auslegen, weshalb vor Ort Unsicherheit über die Anwendung des Gesetzes bestehe.

Zweitens sollten den Kitas auf Basis des Gesetzes jährlich 390 Millionen Euro zugehen. Künftig reduziere sich diese Summe aber auf 375 Millionen Euro.

Marcel Hafke (FDP) bekundet, er wolle nicht erneut in die bereits zu anderen Tagesordnungspunkten geführte Debatte einsteigen. Es lasse sich festhalten, dass der Gesetzentwurf eine gute Sache sei.

Die durch Dr. Dennis Maelzer angesprochenen Passagen, über welche Unsicherheit herrsche, sollten seines Wissens in der Durchführungsverordnung des Gesetzes präzisiert werden.

StS Andreas Bothe (MKFFI) pflichtet seinem Vorredner bei: Die Formulierungen, welche die Landesjugendämter als widersprüchlich erachteten, würden im Rahmen der Durchführungsverordnung präzisiert. Die Landesjugendämter zeigten sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

